

Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde

Ermutigungen zum Handeln

Lesungstext: Jer 22,13-16

Dr. Manfred Böhm, Leiter der Arbeitnehmerpastoral im Erzbistum Bamberg

Liebe Schwester und Brüder im Glauben,

Gott erkennen zu wollen, ist eine Grunddimension religiöser Existenz. Dabei meint Gotteserkenntnis keinen rational-abstrakten Erkenntnisvorgang, sondern ein auf existentieller Erfahrung beruhendes Vertrauensverhältnis: Wir wollen Gottes Nähe spüren, merken, was er von uns will und uns in seiner Nachfolge wissen. Es geht nicht vorrangig um den Kopf, vielmehr ums Herz.

Der Prophet Jeremias gibt eine Antwort auf dieses Bedürfnis. Interessant ist erst mal, was Jeremias außer Acht lässt. So muss man, um Gott zu erkennen, bei ihm nicht Theologie studiert haben, also quasi zu Hause sein in Schrift, Tradition und Liturgie. Man muss auch keine Crash Kurse in Meditation oder christlicher Spiritualität absolviert haben.

Katechismuswissen ist offenbar nicht vonnöten.

„Dem Armen und Schwachen verhalf er zum Recht, heißt nicht das, mich wirklich erkennen?“ Das bedeutet:

Jede und jeder von uns kann also sofort damit beginnen. Gott erkennen heißt nämlich nicht mehr und nicht weniger, als dass jede und jeder von uns in seinem Verantwortungsbereich für die Armen und Schwachen

eintritt. Und dass wir als Christen uns gemeinsam einmischen und stark machen für die Armgemachten und an den Rand Gedrängten. Im Sozialwort der beiden Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 wird dies in einer sehr treffenden Formulierung deutlich gemacht: „Die Kirchen leben und wirken mitten in der Gesellschaft und nehmen deshalb an ihren Umbrüchen und Entwicklungen teil. Sie werden dabei von ihrer Berufung zur Solidarität mit den Armen geleitet und folgen der Bewegung Gottes, der sich vorrangig den Armen, Schwachen und Benachteiligten zugewandt hat, damit alle `Leben in Fülle haben´“(248)

Der Gerechtigkeit, dem Frieden, der Solidarität und der Menschenwürde zum Durchbruch zu verhelfen, heißt aber, es unter den Vorzeichen des gegenwärtigen neoliberalen Kapitalismus zu tun.

Zunächst sollten wir da mal die Frage klären, wozu denn die Wirtschaft überhaupt da ist. Das ist bis heute eine erstaunlich selten gestellte Frage, wobei die Antwort bis zur Finanzmarktkrise, oft unreflektiert, klar auf der Hand lag. Die Wirtschaft sei dazu da, hieß es, um Gewinne zu machen und damit die Aktionäre zu beglücken.

Mit der Kath. Soziallehre im Hintergrund sehen wir die Sache ein bisschen anders. Im Bild ausgedrückt, ist die Wirtschaft die Magd, die dafür Sorge zu tragen hat, dass jeden Tag pünktlich um 12.00 Uhr mittags die Suppe am Tisch steht. Sie hat, um im Bild zu bleiben, weder darüber zu entscheiden, wer alles am Tisch sitzen darf und auch nicht, wer wie viel auf den Teller bekommt. Das ist Sache der Herrschaft, also wohl der Politik. Also: Die Wirtschaft hat die Aufgabe, die materiellen Lebensgrundlage für alle Menschen der Gesellschaft zu sichern, nicht

nur für die oberen Zehntausend. Denn alle Menschen sollen in die Lage versetzt werden können, ihr Leben zu entfalten.

Die Wirtschaft hat also für die Menschen da zu sein und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Damit kommt der Arbeit im Wirtschaftsprozess der Vorrang vor dem Kapital zu. Kapital ist immer nur tote Stofflichkeit. Arbeit wird aber von Menschen geleistet und drückt damit die menschliche Würde aus.

1. Plädoyer für gute Arbeit

Gute Arbeit braucht eine angemessene Bezahlung. Die Kath. Soziallehre spricht in diesem Zusammenhang vom gerechten Lohn. Wer arbeitet, muss davon auch in Würde leben können.

In der Enzyklika *Laborem Exercens* (1981) wird ein wichtiges Kriterium für den gerechten Lohn genannt:

“Die gerechte Entlohnung für die Arbeit eines Erwachsenen, der Verantwortung für eine Familie trägt, muss dafür ausreichen, eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und ihr Fortkommen zu sichern“.

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Und wenn man dieses Kriterium ernst nähme, dürfte es keinen Niedriglohnbereich geben und die Forderung nach einem Mindestlohn wäre überflüssig.

Dass Millionen Menschen bei uns mit Niedrig- und Niedrigstlöhnen abgespeist werden, dass sie trotz Arbeit mit ihren Verdienst nicht über die Runden kommen, ist ein nicht hinzunehmender Skandal.

Gute Arbeit braucht unbefristete Arbeitsverträge.

Sicherheit ist eines der fundamentalsten menschlichen Bedürfnisse. Wird dieses nicht befriedigt, können wir uns nicht entfalten. Unsere soziale

Bindungsfähigkeit, sprich Fähigkeit zu Solidarität wird empfindlich gestört, weil wir zuviel Energie in die Sicherung unserer existenziellen Bedürfnisse stecken müssen.

In der schon zitierten Enzyklika „Rerum novarum“ von 1891 heißt es dazu:

„Gesetzt, der Arbeiter beugt sich aus reiner Not oder um einem schlimmeren Zustand zu entgehen, den allzu harten Bedingungen, die ihm nun einmal vom Arbeitsherrn oder Unternehmer auferlegt werden, so heißt das Gewalt leiden, und die Gerechtigkeit erhebt gegen einen solchen Zwang Einspruch“. (RN 34).

Mit anderen Worten: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind eine moderne Form der Gewalt, die die Betroffenen davon hindert, ihr volles Menschsein zu entfalten.

Gute Arbeit braucht betriebliche Mitbestimmung, denn sie gehört zur Würde des arbeitenden Menschen.

„Man darf Produktionsmittel nicht gegen die Arbeit besitzen, man darf sie auch nicht um des Besitzes willen besitzen, denn der einzige Grund, der ihren Besitz rechtfertigt, ist dieser der Arbeit zu dienen“ so Papst Johannes Paul II 1981.

Daraus folgt eine ganz bestimmte Sichtweise des Unternehmens, die sich von der heute üblichen unterscheidet.

Ein Unternehmen ist nicht in erster Linie ein Vermögensgegenstand, ein Sachmittelapparat zu Erzeugung von Gütern, sondern zuallererst ein Sozialgebilde, die Gesamtheit der im Unternehmen handelnden Menschen und Menschengruppen. Vom Menschen her wird also das Unternehmen beurteilt. Wer im Unternehmen was zu sagen hat, definiert sich nicht über das Eigentumsrecht, sondern über die Dazugehörigkeit. Mitbestimmung ist die logische Konsequenz dieser Sicht. Dabei geht es der Katholischen Sozialverkündigung um qualitativ mehr Mitbestimmung

als in der bisherigen Betriebsverfassung möglich ist.

Die „Forderung nach.....Mitbeteiligung“ gilt „weit über eine Teilnahme an den Früchten der Arbeit hinaus – auf der Ebene der Planung der Initiativen und der Verantwortlichkeiten“ (Libertatis Conscientia 1986, 86). Die Katholische Soziallehre hat letztlich die Vision der Wirtschaftsdemokratie nicht aufgegeben.

2. Der Schutz des arbeitsfreien Sonntags

Nicht wenigen in unserem Land ist der geschützte Sonntag ein Dorn im Auge. Unternehmen, die ihre Maschinenlaufzeiten ausweiten wollen, Discounterketten, die rund um die Uhr verkaufen und Gewinne abschöpfen wollen, aber auch Kunden, die den Sonntag zum Wocheneinkauf nutzen wollen – all jenen ist der konsum- und produktionsfreie Sonntag ein verlorener Tag, dessen Zeit man effektiver als bisher nutzen sollte.

Wie war das mit dem gemeinsamen Ruhetag in der Woche einmal gedacht? Warum wurde er eingeführt?

Dazu müssen wir weit zurückblenden. Der heutige Bibeltext hilft uns dabei. Das Sabbatgebot, wie wir es im Text gehört haben, wird hier in seiner ursprünglichen Bedeutung erfahrbar. Es geht von Anfang an um den Schutz des arbeitenden Menschen.

Das hebräische Wort „sabbat“ heißt wörtlich übersetzt „aufhören“.

„Gedenke des Sabbats“ ganz direkt wiedergegeben heißt dann: „Denke an das Aufhören. Halte es heilig!“ Der Grund dafür wird auch gleich mitgeliefert: Die Menschen sollen sich gemeinsam daran erinnern, dass sie einst selbst Sklaven waren und von Gott aus der Sklaverei befreit worden sind. Das geht aber nur, wenn sie mit der täglichen Plackerei

aufhören und innehalten, wenn sie sich also nicht erneut versklaven lassen von der Arbeit. Die kürzeste Definition von Religion heißt demzufolge „Unterbrechung“, wie es der Theologe J. B. Metz formuliert.

Mit dem Sabbat kam ein ganz neues Verhältnis von Arbeit und Muße in die Welt. Sechs Tage in der Woche arbeitete Israel. Ganz Israel. Es gab keine Oberschicht, die der Arbeit enthoben war. Sechs Tage lang plagten sich alle, der Gutsbesitzer ebenso wie die Knechte und Mägde. Das ist übrigens anders als es dann später die Römer praktizierten und wie wir es vielleicht eher kennen. Dort arbeitete die Unterschicht rund um die Uhr, ohne wirklichen Ruhetag. Gleichzeitig gab man sich in der Oberschicht der endlosen, vollkommen arbeitsfreien Muße hin. In Israel arbeiteten alle und alle, auch die Knechte und Mägde unterbrachen die Arbeit am 7. Tag.

Der Sabbat ist damit der Tag der Freiheit von der Sklaverei durch Arbeit, Leistung und Hetze, der Widerstandstag gegen die Diktatur der Geldvermehrung. Es ist der Tag der Besinnung auf die menschliche Würde.

Ruhe ist allerdings kein Plädoyer fürs bloße Faulenzen, für leeres Nichtstun oder – ins heute übertragen – für blinden Freizeit- und Konsumaktivismus. Der Sabbat ist eine bewusste Ruhezeit, ein zweckfreier Raum innerer und äußerer Freiheit, der den Menschen allen Ansprüchen durch Dritte entzieht und diese Befreiung und Erleichterung bewusst macht.

Und es ist eine Unterbrechung für alle. Das ist ein wichtiger Aspekt. Es geht nicht darum, dass jeder Einzelne von Zeit zu Zeit irgendwann zur Ruhe kommt. Dem Sabbatgebot geht es um eine kollektive, alle umfassende Unterbrechung der Arbeit. Das ist die notwendige

Voraussetzung, um miteinander Beziehung, Austausch und Begegnung pflegen zu können.

3. Hartz IV und der Sozialstaat

Auch nach fünf Jahren ihrer Gültigkeit ist die sog. Hartz IV-Gesetzgebung nicht in ruhiges Fahrwasser gekommen. Nach wie vor erhitzen sich gerade an ihr die Gemüter – und zwar durchaus in fast allen politischen Lagern. Und das mit Recht!

Die strukturelle verfestigte Arbeitslosigkeit, das erkennen inzwischen immer mehr Menschen, lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass der gesellschaftliche Druck auf die Leidtragenden erhöht wird. Die werden dadurch in eine doppelte Opferrolle gedrängt. Sie haben die Arbeitslosigkeit zu ertragen und man gibt ihnen sozusagen obendrein noch die Schuld daran.

Da hat sich in unserem tragenden gesellschaftlichen Menschenbild etwas Grundlegendes verändert. Mit Hartz IV hat sich quasi die Beweislage umgedreht.

Wer bis dato bedürftig war, hatte Anspruch auf ausgleichende Leistungen. Jetzt ist es so, dass der Bedürftige erst einmal nachweisen muss, dass er der Unterstützung würdig ist. Der bedürftige Mensch gerät unter den Generalverdacht, er nutze den Sozialstaat aus. Und diesen Verdacht muss er erst einmal aus dem Weg räumen. Und nur wenn er sich dieser nicht selten entwürdigenden Prozedur unterwirft, wird ihm Hilfe zuteil.

Was der ehemalige Limburger Bischof Franz Kamphaus schon 2005 erkannte, stimmt auch heute noch: Hartz IV entspricht in wichtigsten

Punkten nicht der sozialen Gerechtigkeit. Es lässt noch mehr Arbeitslose ihr Schicksal als Erniedrigung erfahren und lässt sie unter das Niveau eines menschenwürdigen Lebens fallen.

Hartz IV als ein staatlich inszeniertes Verarmungsprogramm für die Unterschicht widerspricht vielleicht am eklatantesten jener Vision einer solidarischen Gesellschaft, wie sie im Sozialwort der beiden Kirchen Deutschlands 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ formuliert worden ist: „In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft und ihnen nützt...Die biblische Option für die Armen hält an, die Perspektiven der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben. Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeiten.“ (107)

Von Augustinus gibt es den Satz: Fehlt die Gerechtigkeit, was sind Staaten anderes als große Räuberbanden? Der Sozialstaat ist der Stabilitätsfaktor schlechthin in unserer Gesellschaft. Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit gefährden auf Dauer die sozialen Grundlagen unserer Demokratie.

Wenn Menschen, gerade junge Menschen, erfahren und erleiden müssen, dass sie in dieser Gesellschaft offensichtlich nicht gebraucht werden, dass ihnen das Gefühl vermittelt wird, sie liegen dem Sozialstaat als Kostenfaktoren zudem noch auf der Tasche, wie sollen diese Menschen Vertrauen und Respekt in das politische System dieser

Gesellschaft entwickeln.

Oder um es mit den Worten von Heribert Prantl, Ressortchef für die Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung zu sagen: „Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen.“

Liebe Schwestern und Brüder,

wir sind am Ende dieser Reihe zum Thema Gerechtigkeit in der Bibel angelangt. Und es wurde Ihnen einiges abverlangt. Manches war Ihnen vielleicht schon bekannt, anderes war für Sie ungewohnt. Und vielleicht hat sie sogar das eine oder andere geärgert und fragend zurück gelassen.

Ich sage: Gut so!

Die Bibel mit ihrer Gerechtigkeitsbotschaft ist kein harmloses Stück Trivalliteratur für einen verregneten Nachmittag. Die Bibel kann auch sehr sperrig sein. Sie fordert uns heraus, sie lädt uns ein, uns auch mit ihren Ecken und Kanten auseinanderzusetzen.

„Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein“, so heißt es beim Propheten Jesaja. Die Bibel zeigt uns dazu Wege und Orientierungsmarken auf. Es liegt an uns, sie aufzunehmen.